

**Haushaltsrede des Vorsitzenden der CDU Stadtratsfraktion
Dr. Peter Uebel
zum Doppelhaushalt 2019/2020 am 10.12.2018**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

Einleitung

„Von jetzt an werde ich nur noch so viel ausgeben, wie ich einnehme, selbst wenn ich mir dafür Geld borgen muss“. Dieses durchaus satirische Zitat von Mark Twain umschreibt sehr treffend unsere städtische Finanzlage. Was hier humorvoll beschrieben ist, wird bei uns jedoch knallharter Ernst: Einen operativ ausgeglichenen Haushalt haben wir erneut nicht vorliegen. Allen Sparmaßnahmen zum Trotz. Unsere Verschuldung steigt kontinuierlich an. Wir verstoßen mit einer fast schon stoischen Selbstverständlichkeit gegen das Haushaltsausgleichsgebot, welches das wesentliche Fundament der kommunalen Haushaltswirtschaft ist. „Selbst wenn ich mir dafür Geld borgen muss“, so Marc Twain. Solange das System funktioniert, solange das Zinsaufkommen kalkulierbar bleibt, solange wir die Frage der Generationengerechtigkeit ausblenden und nicht daran denken, wie unsere Kinder mit diesem Erbe umgehen werden müssen. Solange funktioniert es. Aber das ist nicht das Wesen einer zukunftsorientierten Haushaltsplanung: Einen Schuldenberg, der irgendwann unbeherrschbar ist, ein Investitionsstau, der immer größer wird und eine städtische Infrastruktur, die Stadtleben in Teilen nicht mehr zulässt. Gerade 7% der Gesamtaufwendungen, die wir in stadtgestaltende freiwilligen Leistungen einbringen können.

In den letzten Wochen ist es uns wieder sehr bewusst geworden, welche großen Aufgaben im Rahmen des Stadtumbaus vor uns liegen. Manche Zahlen lassen berechnete Sorgen zu, wie es hier um unsere Leistungsfähigkeit bestellt ist.

Haushaltssituation

Der heute zu beschließende Haushalt ist de facto eine Fortschreibung der seit Jahren bestehenden Finanzsituation unserer Stadt: Zu geringe Einnahmen, nicht suffiziente Förderzuweisungen, steigende Ausgaben und damit geringe Gestaltungsmöglichkeiten.

Wir nähern uns seitens der Ausgaben der 700 Mio Euro Grenze, während die kumulierten Einnahmen mit 637, bzw. 644 Mio Euro zu Buche schlagen.

Mit einer Neuverschuldung von 55 Mio Euro in 2019 und 43 Mio Euro in 2020 können wir nicht von einer zufriedenstellenden Situation sprechen. Zumal die Unberechenbarkeit zukünftiger Zinsentwicklungen die Stadt sehr schnell an die Grenze der Handlungsfähigkeit bringen können.

Deshalb bleibt es notwendig, mit Nachdruck zwei Aspekte einzufordern:

1. kommunaler Finanzausgleich

Die finanzielle Ausstattung der laufenden Zuwendungen muss aufgabenorientiert erfolgen. Neue gesetzliche Anforderungen durch Bund oder Land müssen ausreichend gegenfinanziert sein. Die Umsetzung von Artikel 49 unserer Landesverfassung bleibt einzufordern: „Das Land ist verpflichtet für eine Deckung der Kosten zu sorgen, wenn es den Gemeinden neue Aufgaben überträgt.“

Wir tragen hier vor Ort Verantwortung für die Daseinsfürsorge, gerade im Bereich der sozialen Leistungen und im Bereich der Jugendhilfe. Aber diese Aufgaben können nur erfüllt werden, wenn eine entsprechende Finanzausstattung vorliegt. Vieles wird auf dem Rücken der Kommunen beschlossen. Seitens der Landesregierung besteht anscheinend keine große Bereitschaft, eine aufgabengerechte Finanzausstattung herbeizuführen: Geplante Gesetzesvorhaben, wie aktuell bei der Novelle des Kita-Gesetzes oder bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes: Hier muss nach jetzigem Stand mit weiteren Belastungen der Kommunen gerechnet werden. Die fehlende Unterstützung durch Land und Bund beim Kita-Bau in Ludwigshafen brauche ich nicht erneut aufzuführen.

Um unsere finanzielle Leistungsfähigkeit wiederzuerlangen haben wir erheblichen Handlungsbedarf. Wir brauchen eine kraftvolle kommunale Selbstverwaltung!

Rheinland-Pfalz ist in den Kommunal финанzen eine Krisenregion Deutschlands. Sieben der 10 am meisten verschuldeten Kommunen Deutschlands liegen in Rheinland-Pfalz. Vier weitere sind auf den Plätzen 11 bis 20. 79% der Kommunen im Land können 2018 ihren Haushalt nicht ausgleichen. Diese Zahlen sprechen Bände. Und das in einer Zeit, in der die Steuereinnahmen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr gut sind. Der kommunale Finanzausgleich ist ein Desaster!

Wir brauchen eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Städten und auf dem Land. Der hohen Belastung, gerade der großen Kommunen im Sozialbereich, muss Rechnung getragen werden.

Die Entschuldung unseres Bundeslandes auf dem Rücken der Kommunen ist fahrlässig!

Die vom Land beschlossene Erhöhung der Zuwendungen ist bei weitem nicht ausreichend, um eine gerechte Verteilung der finanziellen Mittel zu gewährleisten. Auch nicht die neue Schlüsselzuweisung C3. Die letztendlich eine Umverteilung ist und dann auch den Landkreisen fehlt.

Es fehlen weiter wesentliche Investitionszuweisungen. Laut einem Gutachten des Finanzprofessors Martin Junckernheinrich (der übrigens auch das Gutachten zur Kommunalreform mitentworfen hat), kennzeichnet die rheinland-pfälzischen Kommunen nicht nur ein außergewöhnlich hoher Schuldenstand, sondern eben auch eine zu geringe Investitionstätigkeit. Das wir in Folge immer weiter in einen Investitionsstau geraten, ist selbstredend.

2. Altschuldenübernahme

Unsere Altschulden belaufen sich mittlerweile auf fast 1,4 Mrd. Euro. Eine gigantische Summe, die wir aus eigener Kraft nie ausreichend werden tilgen können. Die bisherigen Programme im kommunalen Entschuldungsfond waren ein Tropfen auf den heißen Stein und haben zu keiner wesentlichen Verbesserung geführt. Auch „Zinssicherungsschirm oder Stabilisierungs- und Abbau Boni“ sind wenig zielführend. Alleine die Kassen- oder Liquiditätskredite, die rheinland-pfälzische Kommunen aufgenommen haben, das sollten im Regelfall kurzfristige Dispokredite sein, belaufen sich aktuell auf 6,4 Mrd Euro. Wir liegen in Ludwigshafen im Ansatz für 2019 bei über 570 Mio Euro zuzüglich der Anleihen und Investitionskredite. Wir brauchen endlich eine umfassende Übernahme der Altschulden!

Viele Bundesländer nutzen die herausragend guten wirtschaftlichen Zeiten, um ihren Kommunen hier eine Lösung aufzuzeigen. Hessen, das Saarland oder NRW haben entsprechende Programme auf den Weg gebracht. Wo ist hier die Verantwortung des Landes Rheinland-Pfalz für die Kommunen? Stellen Sie uns komplett schuldenfrei. Stellen Sie unsere Altlasten auf null!

Ludwigshafen wächst

Unsere Stadt wächst, sie ist eine Schwarmstadt. Über 170.000 Menschen haben hier ihren Lebensmittelpunkt. Über 120.000 Arbeitsplätze, der Wirtschaftsmotor in Rheinland-Pfalz. In Ludwigshafen wird mit fast 110.000€ das höchste Bruttosozialprodukt im Land erwirtschaftet. Und der Bruttoverdienst ist mit 4534 € der höchste in der Metropolregion und einer der Spitzenwerte bundesweit. Die landes- und bundesweiten Konjunktur- und Wachstumsdaten, sowie die Zahlen des Arbeitsmarktes untermauern dieses wirtschaftlich hervorragende Klima.

Woran liegt es dann, dass unsere Steuereinnahmen nicht so sprudeln, wie es zu erwarten wäre?

Die Entwicklung unserer Einkommensteuereinnahmen ist im Verlauf der letzten 20 Jahre von rund 40 auf 75Mio Euro angestiegen. Soweit gut. Schauen wir aber weiter auf den prozentualen landesweiten Anteil der rheinland-pfälzischen Gemeinden, so ist unser Anteil von über 8% in 1970 um mehr als die Hälfte, auf 3,8% abgerutscht. Das heißt, hätte man eine Fortschreibung des prozentualen Anteils, würden wir heute bei fast 160Mio Euro an Einnahmen durch die Einkommenssteuer liegen. Dann würden wir bei dem vorgelegten Haushalt über andere Dinge reden!

Es heißt aber auch, dass hier nicht nur zahlreiche Steuerreformen ursächlich sind, sondern dass die Stadt Ludwigshafen zu oft nicht Empfänger der nach dem Wohnortprinzip zu entrichtenden Einkommenssteuer ist. Die Stadt hat sich als attraktives Wohngebiet für Erwerbstätige schlicht und ergreifend abgehängt. 70.000 Einpendler täglich, die abends die Stadt wieder verlassen. Diesen stehen nur 30.000 Auspendlern gegenüber. Das sind alarmierende Zahlen. Die Attraktivität unserer Stadt für Menschen, die Steuern zahlen, ist anscheinend nicht in ausreichendem Maß gegeben. Und sie zahlen nicht nur Steuern, es sind oftmals auch diejenigen, die Stadtleben mitgestalten: die sich in Vereinen und im Ehrenamt engagieren, die Sport- und Kultureinrichtungen besuchen, die hier einkaufen und unsere Gastronomie am Leben halten.

Ludwigshafen als Wohnstadt

Deshalb ist es wichtig, dass wir bei allen Wohnungsbauplänen genau diesen Umstand im Kopf haben. Unsere Stadt droht zu kippen, wenn es uns nicht gelingt, die gesellschaftliche Schieflage zu korrigieren. Wir dürfen die Leistungsträger nicht weiter an das Umland verlieren. Wir müssen dafür sorgen, dass junge Familien, dass die Krankenschwester, der Lehrer, der Schichtarbeiter hier Wohnraum finden.

Es ist unbestritten, dass dies in allen Preissegmenten notwendig ist.

Die Fläche unserer Stadt ist aber begrenzt, der Versiegelungsgrad bereits jetzt im Bundesdurchschnitt hoch. Laut Auswertung der deutschen Versicherungswirtschaft sind 42,3% der Stadtfläche zugebaut, asphaltiert oder betoniert. Auch wenn solche Statistiken nicht immer ganz valide sind, geben sie zumindest die erkennbare Tendenz wieder. Heinrich Pesch Siedlung und City West werden neuen Wohnraum bringen. Laut Flächennutzungsplan haben wir weitere Reserven an Wohnbauland zum Beispiel in Rheingönheim, Ruchheim oder an der Unfallklinik. Diese gilt es in den kommenden Jahren zu erschließen. Hierfür wird sich die CDU stark machen. Weitere größere Erschließungsflächen liegen nicht vor: Das bedeutet, dass auch die Innenerschließung und damit Verdichtung, ein wesentliches Gewicht haben wird.

Hier müssen wir uns der ökologischen Verantwortung stellen. Wir müssen fragen, was können wir klimatisch unserer Stadt zumuten? Wie können wir den Folgen des Klimawandels begegnen? Der diesjährige Rekordsommer hat uns sehr wohl gezeigt, wie wichtig Stadtklima und Kaltluftströme sind. Wie wichtig unsere Stadtbäume und Grünflächen sind. Deshalb setzen wir uns auch für eine umfassende Baumerneuerung ein. Wir brauchen ein Investitionsprogramm, das Stadtbäume mit Schattenwurf, Verdunstungskühle und verbesserter Luftzirkulation schafft. Stadtleben darf nicht krank machen.

Alle Bedürfnisse der Wohnraumschaffung werden wir angesichts des jährlichen Bevölkerungszuwachses nicht erfüllen können. Deshalb gehört auch hier dazu, ehrlich zu sein. Die Antwort auf den Wohnraummangel kann nicht allein von den Kommunen gegeben werden. Eine der Antworten liegt auch im ländlichen Bereich. Deshalb muss dort eine Infrastruktur der guten Nahversorgung oder der medizinischen Versorgung bereitgestellt werden. Deshalb muss auch im Umland sozialer Wohnungsbau vorangetrieben werden. Und deshalb müssen wir die ÖPNV Anbindung optimieren. Nicht umsonst begrüßen wir deshalb die geplanten neuen Straßenbahntrassen in den Landkreis. Und das sind keine Lippenbekenntnisse, wenn wir von einer Straßenbahn nach Mutterstadt sprechen.

Eine Sozialquote im Wohnungsbau ist keine Antwort auf die drängenden Fragen der Wohnungsnot. Sie ist nicht mehr als ein wohlklingendes Schlagwort. Für große Siedlungen ist eine Quotierung denkbar. So wird das auch in der Pesch Siedlung gemacht. Aber doch nicht bei den vielen kleinen Solitärprojekten, die unsere städtischen Bautätigkeiten bestimmen. Was ist das für ein Unfug, einem Bauherrn, der 20 Wohneinheiten bauen möchte, vorzuschreiben, dass er für 16 Wohnungen 9,50 Euro verlangen darf und für 4 Wohnungen nur 6 Euro. Das wäre eine „Bauverhinderungsquote“! Was wir brauchen sind Förderprogramme des Bundes für einen Wohnungsbau, den sich Menschen mit niedrigem Einkommen leisten können. Dies gerade bei massiv gestiegenen Baukosten, um die Mieten erschwinglich zu halten. Um anständige und bedarfsgerechte Angebote machen zu können. Das sind die Ziele einer Stadtentwicklung. Wir brauchen hier keine Phrasen.

Soziale Sicherung

Auch im vorliegenden Haushalt nehmen wir die kontinuierlich steigenden Zahlen im Bereich der sozialen Sicherung mit fast 230 Mio Euro zur Kenntnis. Im Sozialbereich über 140 Mio Euro, im Jugendbereich rd. 80 Mio Euro. Die Steigerungsrate von rund 10% seit 2017 ist beträchtlich. Insbesondere, weil

nur knapp die Hälfte davon durch Erträge abgedeckt ist. Auch hier stehen Bund und Land in der Verantwortung. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben können nicht nur von den Kommunen finanziert werden. Diese Botschaft muss in Mainz und Berlin ankommen.

Wir stehen vor großen sozialpolitischen Herausforderungen: Unsere Arbeitslosigkeit sinkt, ein gutes Zeichen, aber mit über 7% oder rund 6400 Menschen, die bei uns in der Stadt aktuell ohne Arbeit sind, immer noch viel zu hoch- auch im Vergleich zum Landkreis, wo de facto Vollbeschäftigung herrscht. Vor allem die zementierte Sockelarbeitslosigkeit ist bisher nicht ausreichend fokussiert. Es gibt zu viele, die vermeintlich perspektivlos sind und den Zugang zum Arbeitsmarkt verloren haben. Das muss vermehrt thematisiert werden. Deshalb wird sich der Erfolg der Arbeitsagentur daran messen, wie die Sockelarbeitslosigkeit gesenkt werden kann. Die gute Konjunktur schafft den entsprechenden Rahmen.

Für unsere Stadt bedeutet jeder, der in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis kommt, geringere Sozialausgaben. Und für die Menschen selbst, ein Stück Würde und Selbstbestimmung. Deshalb wollen wir nicht immer mehr Geld ins System der sozialen Sicherung einbringen, sondern an den Rahmenbedingungen arbeiten. Über 22.000 Ludwigshafener erhalten Transferleistungen. Wir haben bundesweit einen Spitzenplatz in der Überschuldungsquote mit fast 16% und belegen damit Platz 387 von 401 bewerteten Kommunen. Wir müssen unsere Sozialdaten verbessern, wir müssen Menschen aus der staatlichen Fürsorge in ein eigenbestimmtes Leben führen: Wir brauchen keine fundamentierte Armut, sondern das Angebot in dieser Gesellschaft mitanzupacken.

Als Oberzentrum müssen wir dazu Rahmenbedingungen schaffen, die in erster Linie auf eine Attraktivitätssteigerung hinzielen. Die Industrie prägt unsere Stadt: Dienstleister, start ups und neue Technologiezentren sind der richtige Weg. Ernst nehmen, was die Industrie und das Handwerk an Befürchtungen und Ängsten haben: Und hier ist nach einer IHK Umfrage vor allem die Attraktivität der Innenstadt gemeint. Erst danach werden die verkehrliche Situation und die Themen Sicherheit und Sauberkeit genannt.

Das Schaffen neuer Arbeitsplätze ist der richtige Weg, eine soziale Ausgewogenheit zu erreichen. Deshalb liegt unser Hauptaugenmerk auch auf der Entwicklungsachse West und auf Einrichtungen, die neue Arbeitsplätze hervorbringen: Nicht nur Stadt der Chemie, sondern auch Stadt der Forschung, der Wissenschaft, der Digitalisierung, der Dienstleistung, der Medizin.

Jugend und Bildung

Diese Ansprüche müssen sich auch in unserem Haushalt wiederfinden: Beginnend bei den frühkindlichen Förderprogrammen. Diese sind vorbildlich und vielschichtig.

Im Kitabau gilt es, diese Bestrebungen fortzusetzen. Das nächste Ausbauprogramm steht auf der Agenda. Hier danke ich auch der Dezernentin Prof. Cornelia Reifenberg und ihren Mitarbeitern bei all den intensiven und nicht immer einfachen Aufgaben.

Der Neubau von Schulen muss aufgrund steigender Geburtenzahlen forciert und der Sanierungsstau an unseren Schulen reduziert werden. Ludwigshafen ist mit seinen 30.000 Schülerinnen und Schülern eine Schulstadt. Und das ist gut so. Hier liegt die Zukunft Ludwigshafens und unserer Gesellschaft. Deshalb müssen wir hier einen Schwerpunkt setzen. Das sind wir nicht nur den jungen Menschen, die am Anfang ihres Lebens stehen, schuldig, das ist auch für die Zukunft unserer Stadt entscheidend. Deshalb wird für die CDU Fraktion die Entwicklung im Schul- und Kita-Bereich auch in den kommenden Jahren ein Schwerpunktthema sein. Wir brauchen in besonders frequentierten Stadtteilen weitere Schulerweiterungen, wie in der südlichen Innenstadt, wie wir gerade in einem Antrag gefordert haben. Wir brauchen einen Ausbau, wie in Rheingönheim. Wir brauchen aber auch eine Fortführung des Ausbau- und Förderprogramms für die bestehenden Schulen.

Es ist uns wichtig, weiter in die Digitalisierung unserer Schulen zu investieren, in die Schul- und Straßensozialarbeit und in begleitende Maßnahmen, wie zum Beispiel die Familienbildung. Das sind Schwerpunkte, die wir zum Teil in unseren gemeinsamen Haushaltsanträgen deutlich spürbar machen konnten. Und diesen Reichtum, in großer Zahl junge Menschen in unserer Stadt zu wissen, müssen wir sorgsam hüten. Wir müssen junge Menschen ausbilden, wenn nötig integrieren, wenn nötig sprachlich optimieren und vor allem zu begeisterten Bürgern dieser Stadt und dieser Gesellschaft machen. Dazu ist es auch sinnvoll, die Zuweisungen in 2019 und 2020 für unsere Schulen und die Volkshochschule aufzustocken. Das sind Maßnahmen um Schülerinnen und Schülern einen erfolgreichen Start ins Leben zu gewährleisten. Und darum geht es.

Kultur, Ehrenamt, Vereinsleben- unverzichtbar für das Stadtleben

Zur Attraktivität unserer Stadt zählt auch der Kulturbereich. Über Jahre hinweg ist dieser Bereich mit Erwachsenen- und Kindertheater, Museum, Stadtbibliothek, freier Szene oder Musikschule einem Spardiktat unterlegen.

Diese Einrichtungen leisten einen großartigen Beitrag zu einem attraktiven Stadtleben. Deshalb war es uns wichtig, die Zuschüsse hier anzupassen. Das gleiche gilt für das Ehrenamt, für die Vereine unserer Stadt, die Sport anbieten, die eigene Anlagen unterhalten. Die sich einsetzen, dass ein Kerweumzug stattfinden kann, dass die verschiedensten Projekte zustande kommen. All die Initiativen, die dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft lebendig bleibt, die dem Sozialwohl dienen, vom Frauenhaus über die Wohlfahrtsverbände bis hin zu den Selbsthilfegruppen. All diese wollen wir mehr unterstützen. Und deshalb haben wir auch eine Erhöhung der ausgewiesenen Zuschüsse beantragt.

Für uns als CDU war von Anfang klar, dass wir einer Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von 405 auf 425% nur zustimmen können, wenn ein Großteil dieser Mehreinnahmen in den Bereich der freiwilligen Leistungen fließt. Wir sind optimistisch, dass dies gelingt. Deshalb stimmt die CDU der geplanten Anhebung zu. Damit liegen wir immer noch im grünen Bereich und knapp über dem Landesdurchschnitt von 421%. Im Verlauf der Jahre ist diese Steigerung als moderat anzusehen und auch nach Abwägung aller Interessenlagen sicher leistbar. Eine Erhöhung der Vergnügungssteuer als Teil eines Gesamtpaketes wurde bereits im Sommer umgesetzt.

Nach wie vor haben wir als Industriestadt eine hohe Attraktivität in der Metropolregion. Unsere politische Herausforderung liegt darin, den Gewerbesteuerzahlenden auch zu zeigen, dass es sich lohnt in Ludwigshafen heimisch zu sein.

Nachhaltige Stadtentwicklung

Unsere Stadt definiert sich über ihre Stadtteile, sie hat ihre unzähligen kleinen und großen Attraktionen: Ob das der Wildpark in Rheingönheim ist, der Hans-Warsch Platz in Oggersheim, der Willersinnweiher in Friesenheim, das Maudacher Bruch oder die Parkinsel. Überall sind die Menschen stolz auf diese Areale und empfinden hier ihre Heimat.

Dennoch haben viele etwas anderes im Sinn, wenn sie an die Stadtentwicklung denken: sie sehen dann die Innenstadt, sie sehen die maroden Hochstraßen und ein verwaistes Rathaus.

Und sie sorgen sich. Wir haben in den letzten Jahren und Monaten in den Fachdezernaten und Gremien alle Problemfelder herausgearbeitet. Jetzt ist es nötig, die Puzzleteile zusammenzubringen. Das große Sanierungsgebiet Innenstadt muss klar strukturiert und zusammenhängend gesehen und geplant werden. Deshalb wird sich die CDU Faktion in den nächsten Wochen und

Monaten für einen Masterplan City stark machen: Einen Plan, in dem alle Projekte der Innenstadt zusammenlaufen.

Wir wollen eine nachhaltige Innenstadtplanung. Die City soll und muss wieder das Aushängeschild unserer Stadt werden. Wir haben Leuchtturmprojekte auf den Weg bringen können, wie die neuen Firmenzentralen der TWL oder der Pfalzwerke mit über 1000 Arbeitsplätzen in der Innenstadt. Deshalb lassen sie uns nicht alles schlecht reden. Glauben wir auch an das Potential unserer Innenstadt. Diesen Anspruch müssen wir haben.

Wir freuen uns, dass wir beim Ausbau unserer Straßen endlich die Öffnung der Bayreuther Straße und damit eine verbesserte Nord-Süd Trasse umsetzen können. Aber auch, dass wir konkrete Fortschritte machen im Radwegenetz: An der Langgartenstraße, der Wollstraße oder zwischen Maudach und Oggersheim. Danke dafür all denen, die mit viel Energie aus der Verwaltung um unseren Baudezernenten Klaus Dillinger und der Politik für diese Projekte gekämpft haben.

Stellenplan

Die genannten Zukunftsaufgaben sind vielfältig. Trotz Digitalisierung, trotz Aufgabenbündelung und Outsourcing bleiben viele Themenbereiche originäre kommunale Tätigkeitsgebiete. Insofern steht die CDU Fraktion auch zum vorgelegten Stellenplan. Eine Stellenmehrung bedeutet natürlich immer auch erhöhte Personalkosten. Es bedeutet aber auch eine Steigerung der Leistungsfähigkeit bei Ausweitung der Aufgabengebiete. Neue Stellen im Bereich der Kitas, der Feuerwehr, des kommunalen Vollzugsdienstes, aber auch des Baudezernates und im sozialen Bereich zum Thema Gesundheitsfürsorge sind für uns unstrittig und notwendig. An dieser Stelle bedanken wir uns bei allen städtischen Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz für unsere Stadt. Ich weiß von vielen, die bis zur Belastungsgrenze arbeiten, auch weil Planstellen aufgrund eines teilweise leergefegten Arbeitsmarktes nicht besetzt werden können. Ich weiß von vielen, die ihren Job mit Herzblut und viel Empathie machen. Seien Sie der Unterstützung durch die CDU Fraktion versichert. Unser Anliegen ist es, politisch dafür Sorge zu tragen, dass die Rahmenbedingungen stimmen.

Der vorgelegte Haushalt schafft die Grundlage der Finanzplanung unserer Stadt in den nächsten beiden Jahren. Zwischen all den Zahlen bleibt aber viel zu füllen, was weiter unsere Stadt ausmacht: Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist kein Selbstläufer. Und hinter allen Zahlen sind Möglichkeiten, diesen Zusammenhalt zu stärken. Ob im Jugendbereich, im Kulturbereich, bei den

Vereinen, den sozialen Einrichtungen, dem Ordnungsamt, der Feuerwehr. Überall erleben wir Ludwigshafen. Und dafür lohnt es sich, an dieser Stadt mitzuarbeiten.

Ich danke allen an der Erstellung dieses Doppelhaushaltes beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, federführend dem Kämmerer Dieter Feid, der heute seinen letzten Haushalt zur Abstimmung vorlegt.

Die CDU Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsentwurf mit all seinen in den einzelnen Fachausschüssen und dem Hauptausschuss erarbeiteten Ergänzungen zu.

Vielen Dank.